

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

Über
Digitales
reden

DIGITALER  STAAT

Nr. 123 Berlin und Bonn

22. August 2024



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

KRITIS – unverletzbar?

(BS) Kritische Infrastrukturen (KRITIS) funktionieren im Alltag bestens, sodass man sie gar nicht wahrnimmt. Das ist ein wesentliches Kennzeichen. Wenn irgendeine Störung auftritt, ist die Aufregung groß. Manchmal auch zu groß.

Ein durchgeschnittener Maschendrahtzaun ist noch kein Angriff auf die Kritische Infrastruktur. Es kann natürlich der erste Schritt sein. Sofern der einzige Schutz der Kritischen Infrastruktur nur ein Maschendrahtzaun ist, ist der Schutz unzureichend. Das gilt für Wasserwerke oder Flughäfen gleichermaßen.

Auf der anderen Seite muss man sich klar machen, dass auch der beste Diffusion-Schutz – um bei diesem Beispiel zu bleiben – nicht vor Cyber-Attacken oder anderen Sabotageakten schützt. Deshalb kommt es bei der Resilienz auch auf Rückfallebenen, Parallelbetriebe und ein eingespieltes Team, das im Ernstfall weiß, was zu tun ist, an.

Unser Trinkwasser ist wichtig. Es bedarf unseres besonderen Schutzes. Die Ereignisse haben gezeigt, dass es nicht selbstverständlich ist.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

THW-Präsidentin in Kiew

(BS) Die Präsidentin des Technischen Hilfswerks (THW), Sabine Lackner, tauschte sich mit Vertreterinnen und Vertretern des ukrainischen Innenministeriums, des Grenzschutzes (SBGSU), der Deutschen Botschaft sowie des ukrainischen Zivil- und Katastrophenschutzes (DSNS) in Kiew aus. Ziel des Besuches sei es gewesen, die Zusammenarbeit weiter auszubauen und über mögliche zukünftige Hilfen zu sprechen.

„Seit Beginn des Krieges in der Ukraine vor zweieinhalb Jahren ist das THW im Einsatz, um den Menschen in den vom Krieg betroffenen Gebieten Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Entscheidend ist, dass die Hilfe genau dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Deshalb ist der enge Austausch mit unseren ukrainischen Partnern von großer Bedeutung“, so Lackner. Man werde alles dafür tun, um den ukrainischen Zivil- und Katastrophenschutz zu unterstützen.

Bisher unterstützte das THW im Auftrag der Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit dem Beschaffungssamt des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BeschA) aus eigenen Sondermitteln und aus Mitteln des Auswärtigen Amtes die Ukraine mit Hilfsgütern im Wert von über 130 Millionen Euro. In enger Kooperation



THW-Präsidentin Sabine Lackner war zu Gesprächen in der ukrainischen Hauptstadt.

Foto: BS/THW

mit ukrainischen Partnerorganisationen beschafft das THW Material und Fahrzeuge.

Das Ukraine-Engagement ist einer der größten Logistikeinsätze in der Geschichte des THW. Es wurden bisher mehr als 350 Fahrzeuge (inkl. Spezial- und Feuerwehrfahrzeuge), über 120 Baumaschinen wie Kettenbagger, Radlader oder Abrissbagger, drei Trinkwasseraufbereitungsanlagen und rund 1.700 Stromerzeuger beschafft. Hinzu kommen noch acht Feldküchen, 38 Wohn- und Sanitärcontainer, mehr als 190 Zelte sowie diverse Schlafsäcke, Isomatten und Decken sowie Schutzausrüstungen gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren (CBRN) für mehr als 2.000 Einsatzkräfte.



25. & 26. September 2024

Schlosshotel Monrepos, Ludwigsburg

Informationen und Anmeldung unter
www.kommunale-verkehrssicherheit.de | www.kommunale-ordnung.de

Veranstaltungen des
Behörden Spiegel

rescEU-Löschflugzeugproduktion gestartet



Die ersten Flugzeuge der geplanten ständigen rescEU-Flotte sollen 2027 ausgeliefert werden.

Foto: BS/European Union, Pavel Koubek

(BS) Nach der Unterzeichnung von Vereinbarungen zwischen mehreren EU-Mitgliedstaaten und der Canadian Commercial Corporation wurde mit der Produktion von zwölf Löschflugzeugen begonnen, die die ständige rescEU-Flotte bilden sollen.

Die Flugzeuge werden von der Europäischen Kommission finanziert und sollen das neue Rückgrat der EU-Krisenreaktion auf Waldbrände bilden. Flugzeuge aus der rescEU-Reserve können schnell eingesetzt werden, wenn ein Land mit schweren Waldbränden konfrontiert ist und zusätzliche Unterstützung benötigt.

Dies steht im Einklang mit der langfristigen Strategie der EU, eine ständige rescEU-Löschflotte aufzubauen, die von Kroatien, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien unterhalten wird. Zehn zu-

sätzliche Löschflugzeuge werden von den Mitgliedstaaten direkt gekauft, um ihre nationalen Flotten zu verstärken.

Der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič begrüßte den Erfolg dieser koordinierten Bemühungen der Kommission und der Mitgliedstaaten: „Dies ist ein historischer Moment für den europäischen Katastrophenschutz im Zeitalter der Klimakrise. Da Waldbrände immer länger, tödlicher und unvorhersehbarer werden, haben wir unermüdlich daran gearbeitet, die Kapazitäten der EU zur Brandbekämpfung zu stärken. Die heutige Ankündigung beweist, dass Europa entschlossen ist, diese Anstrengungen zu verstärken und zu vertiefen.“ Die Auslieferung der ersten Charge dieser neuen Flugzeuge wird für Ende 2027 erwartet.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

19. August:

- Rechte Straftaten: Viele offene Haftbefehle

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

20. August:

- Die Krux mit der Tradition
- Deutsche Patriot-Beschaffung bewilligt

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

21. August:

- Infektionsdaten besser sammeln

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Wohin die Reise geht

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

20. August:

- (Ersatz)Haft verringern?

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 8. August:](#)

- Chris Hutchins von Trellix über Anwendung von generativer KI in der IT-Sicherheit

WEBINAR

EINFÜHRUNG IN DAS DROHNENRECHT UND DIE EGRED 2

RECHTSSICHERE NUTZUNG VON DROHNEN MIT KI-SYSTEMEN

26.09.2024 • 14:00 UHR

JUH und Bundeswehr: Enge Kooperation

(BS) Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und die Bundeswehr wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen. Dazu unterzeichneten Generalleutnant André Bodemann, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, und Thomas Mähnert, Mitglied des JUH-Bundesvorstands, eine Vereinbarung zur engeren Kooperation.

Diese soll eine Grundlage für eine regelmäßige und feste Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung sowie bei der Bewältigung von Katastrophen und Großschadensereignissen schaffen. Ziel der Kooperationsvereinbarung sei, sich gegenseitig in Friedens- wie in Krisenzeiten zu unterstützen, Ressourcen einzusparen und Synergien zu nutzen. Die Vereinbarung werde vor dem Hintergrund der Rückbesinnung auf eine mögliche Landes- und Bündnisverteidigung geschlossen. Beide Seiten teilen die Ansicht, dass Bevölkerungsschutz und die Verteidigung der Souveränität Deutschlands als gesamtstaatliche und vor allem gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen sei. „Aufgrund der Unvorhersehbarkeit von Naturkatastrophen und Großschadensereignissen ist es besonders wichtig,



Thomas Mähnert (links) und Generalleutnant André Bodemann zeigen sich überzeugt, dass die JUH und die Bundeswehr voneinander lernen können.

Foto: BS/JUH

taktisch und operativ optimal vorbereitet zu sein, um im Einsatz schnelle, abgestimmte und effektive Hilfe leisten zu können. Wir sind hierbei Profis für Erste Hilfe und Selbstschutz, sowie für die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften im Rettungsdienst, in der Pflege und im Bevölkerungsschutz. Gerne unterstützen wir hierbei die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr – gerade auch im Rahmen von Landes- und Bündnisverteidigung in Deutschland“, so

Mähnert. „Von der Kooperationsvereinbarung profitieren beide Seiten. Wir sind froh, mit der Johanniter-Unfall-Hilfe einen Partner an unserer Seite zu wissen, von dem wir gerade im Bereich der Ausbildung des Selbstschutzes lernen können und der im Rahmen von Landes- und Bündnisverteidigung ein wichtiger Unterstützer geworden ist. Gleichzeitig lassen wir Kräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe an unseren Erfahrungen teilhaben“, ergänzte Bodemann.

Hilfe für Ukraine

(BS) Die bayerischen Feuerwehren haben einen weiteren Hilfskonvoi Richtung Ukraine auf den Weg gebracht. Der Hilfstransport des Landesfeuerwehrverbandes Bayern (LFV) umfasst 15 Tonnen Ausrüstung und Gerätschaft sowie acht Fahrzeuge.

„Diese Lieferung ist besonders wichtig für die weitere Einsatzfähigkeit der ukrainischen Feuerwehren und somit auch für den Schutz und die Sicherheit der dortigen Zivilbevölkerung“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der gemeinsam mit dem ukrainischen Generalkonsul Oleksii Kravets und dem Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Bayern (LFV) Johann Eitzenberger den Konvoi verabschiedete. Der Freistaat Bayern unterstützt den Hilfstransport finanziell. Es ist nicht der erste Hilfskonvoi.

Deutsches Rotes Kreuz | RETTUNGSDIENST SYMPOSIUM

Für einander da. Miteinander stark.

Melden Sie sich an zum 21. DRK-Rettungsdienstsymposium vom 21.-22. November 2024.

Für mehr Informationen QR-Code scannen oder Link aufrufen:
www.drk-hessen.de/seminare/rettungsdienst/rettungsdienst-symposium.html

Gewalt gegen Einsatzkräfte stagniert

(BS) Niedersachsens Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens (SPD), hat gemeinsam mit Landespolizeidirektor Ralf Leopold und Landesbranddirektor Dieter Rohrberg das Lagebild „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ für das Jahr 2023 vorgestellt. Darin werden erstmals Vorfälle aufgeführt, bei denen gegen Kräfte der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste Gewalt angewendet wurde.

Demnach wurden im vergangenen Jahr 4.467 Fälle von Gewaltdelikten gegenüber Einsatzkräften registriert. Dies ist ein Fall mehr als im Jahr 2022. Die Anzahl der Opfer ist ebenfalls leicht gestiegen, vor allem Polizeikräfte sind betroffen. Im Bereich der Rettungsdienste wurde eine Steigerung um rund ein Prozent und damit ein neuer Höchststand verzeichnet. Bei der Feuerwehr ist ein vergleichsweise starker Rückgang der Opferzahlen um 25 Prozent festzustellen. Auch wenn es in den letzten zehn Jahren zu keinen Todesfällen kam, stagniere die Gewalt auf einem hohen Niveau.

Behrens bedauerte ausdrücklich die Entwicklung der letzten Jahre, die dazu geführt habe, dass das Lagebild überhaupt erstellt werde. Es solle als Datengrundlage für zukünftige Präventionsarbeit dienen. „Nichtsdestotrotz bleibt die Zahl der Angriffe auf diejenigen, die sich für unsere Sicherheit und unsere Gesundheit einsetzen, inakzeptabel hoch! Bemerkenswert ist zudem, dass wir es bei den Tatverdächtigen mehrheitlich mit erwachsenen, deutschen Männern zu



Im vergangenen Jahrgang die Zahl der Opfer aus den Feuerwehr nach Angriffen in Niedersachsen zurück.

Foto: BS/Biskup-Klawon

tun haben, die bei der Ausübung der Angriffe häufig alkoholisiert sind“, merkte die Ministerin an.

Anfang des Jahres wurde die Koordinierungsstelle „Gewalt gegen (nichtpolizeiliche) Einsatzkräfte“ eingerichtet und unterjährig seit der Silvesternacht 2023/2024 der gegenseitige Austausch unter den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) intensiviert. Darüber hinaus implementiert man Nachsorgeangebote wie die psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte und plant die Ausweitung von Deeskalationstrainings für Rettungskräfte. „Neben all diesen bereits implementierten Maßnahmen zum Schutz von Einsatzkräften sowie deren Trainings, müssen aber auch die Ursachen für das Verhalten der meist männlichen Täter analysiert werden. Dafür sind ein interdisziplinärer Blick und eine breite gesellschaftliche Debatte notwendig“, forderte die Innenministerin.

BaWü fördert

(BS) 49,4 Millionen Euro für die Förderung von Fahrzeugen und Feuerwehrhäusern und 12,1 Millionen Euro als pauschale Unterstützung für die Ausstattung und Ausbildung sowie für kleinere Beschaffungen – so viel Geld stellt das Land Baden-Württemberg im Haushaltsjahr 2024 den Feuerwehren im Land zur Verfügung.

„Die Feuerwehren in unseren Städten und Gemeinden unterstützen wir mit mehr als 61 Millionen Euro – das dient der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und ist somit gut angelegtes Geld für unser Land“, sagte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU). Alle beantragten förderfähigen Zuwendungsanträge im Feuerwehrwesen hätten gefördert werden können, so Strobl weiter.

„Die Feuerschutzsteuer kommt weiterhin in voller Höhe dem Feuerwehrwesen zugute. Damit setzten wir einen deutlichen Schwerpunkt bei den Feuerwehren als Teil der inneren Sicherheit“, erklärte der Innenminister.

Mit dieser Steuer unterhält das Land die Landesfeuerwehrschule und unterstützt mittels Zuwendungen Beschaffung von Fahrzeugen oder Neubauten von Feuerwehrhäusern. Nach der Zuteilung der Haushaltsmittel prüfen nun die zuständigen Bewilligungsstellen die Förderfähigkeit der einzelnen Zuwendungsanträge im Detail. Bewilligungsstellen sind die Landratsämter für kreisangehörige Gemeinden und im Übrigen die Regierungspräsidien.

CROSSCALL

ABGESICHERT FÜR IHRE MISSIONEN

Smartphones - Tablets - Zubehör

Die BOS in der SVI-Strategie

(BS) Beamte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) haben in einem ersten Entwurf zur Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) ein sogenanntes Non-Paper entwickelt, das noch in der frühen Ressortabstimmung ist. Der Entwurf liegt dem Behörden Spiegel vor. Er ersetzt das Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aus dem Jahr 2020. Doch auch der Zivilschutz sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) werden thematisiert.

So soll die SVI z. B. in der Lage sein, den Bedarf der Bundeswehr sowie der BOS sowohl in Qualität als auch in Quantität schnell gesichert zu decken. Dafür müsse sie dynamisch und skalierfähig sein. Zudem fordern die Autorinnen und Autoren, dass die SVI responsiv und resilient sein müsse, um etwaigen Disruptionen auf dem Weltmarkt oder den Welthandelswegen begegnen zu können. Die Corona-Pandemie lässt grüßen.

Alle Lagen und Bedingungen in den Blick nehmen

Die Ausrüstung für BOS müsse auch in allen Lagen und unter allen klimatischen Bedingungen einsetzbar sein. Dabei komme innovativen Technologien und zukunftsweisender Forschung eine zentrale Bedeutung zu. Der Blick liegt dabei auf Mobilität mit z. B. synthetischen Kraftstoffen vor dem Hintergrund der Endlichkeit von fossilen Brennstoffen sowie der Versorgung von



Die BOS wird bei der Erarbeitung einer Sicherheitsindustrie-Strategie der Bundesregierung mitgedacht.

Foto: BS/Janno Nivergall, pixabay.com

Liegenschaften mit alternativen Energieträgern. Um die Handlungsfähigkeit von Bundeswehr und BOS in einer unsicheren Welt zu gewährleisten, seien die SVI und der Staat gleichermaßen gefordert. So müssten industrielle Kernfähigkeiten sowie Schlüsseltechnologien vorgehalten werden. Die Bundesregierung müsse die Rolle des Nachfragers übernehmen und Maßnahmen ergreifen, um die Lieferketten zu diversifizieren, sowie schnellere Beschaffungsprozesse schaffen. Effizientere und schnellere Planungs- und Beschaffungsprozesse sollen auch Innovationen schneller für die BOS nutzbar machen.

Besonderes Augenmerk richten die Autorinnen und Autoren auf die finanziellen Rahmenbedingungen der SVI. So stellt das Papier Vorauszahlungen, die Befähigung des deutschen Förderbankensystems zur

Finanzierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie die Aufstockung des Zukunftsfonds für rüstungsgüterproduzierende Startups in Aussicht. Auch die Ausweitung der Instrumente der Wirtschaftsförderung auf Unternehmen der SVI ist Gegenstand der Strategie.

Abstimmung noch nicht in Aussicht

Des Weiteren stellen die Autorinnen und Autoren eine Studie in Aussicht, um die Effekte der Strategie auszuwerten. Diese Ergebnisse sollen auch in die Anpassung einzelner Aktivitäten in den aufgezeigten Handlungsfeldern einfließen.

Auf Nachfrage erklärte das BMWK, dass sich das Papier zurzeit in der Bearbeitungsphase befinde. Zu einem Termin für eine Kabinettsbefassung sind noch keine Informationen bekannt.

BOS

HYBRID-EVENT

Beschaffungertage 2024

17.–18. September in Fulda und virtuell



Vermeehrt Unfälle durch zu schnelles Fahren

(BS) Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Verkehrslage auf den Straßen Baden-Württembergs verbessert. Insgesamt gab es rund 151.500 Verkehrsunfälle von Januar bis Juni 2024, heißt es in der Verkehrsunfallbilanz Baden-Württembergs. Damit ist die Anzahl verglichen mit dem ersten Halbjahr 2023 zwar um 1,1 Prozent leicht gestiegen, doch die Unfälle waren weniger schwerwiegend. Es gab Rückgänge um drei Prozent bei den tödlich verunglückten Personen, um insgesamt 0,8 Prozent bei den leicht verletzten Personen und um ganze 3,8 Prozent

beiden schwerverletzten Personen. „Esgab weniger Verkehrstote und Leichtverletzte, die Anzahl der Schwerverletzten ist auf einem historischen Tiefstand“, kommentierte der Innenminister Baden-Württembergs, Thomas Strobl (CDU), anlässlich der Veröffentlichung der Halbjahresstatistik.

Ähnliches Bild in Bayern

Auch in Bayern zeigten die Ergebnisse der Verkehrsunfallbilanz des ersten Halbjahres 2024 einen Rückgang in vielen Bereichen. Die Anzahl der Verkehrsunfälle nahm im

Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2023 um 1,6 Prozent ab. Bei den rund 180.000 Verkehrsunfällen wurden insgesamt 27.706 Personen verletzt (minus 1,6 Prozent zu 2023) und 210 getötet (minus 3,2 Prozent zu 2023).

Die meisten tödlichen Verkehrsunfälle ereigneten sich auf den bayerischen Landstraßen. Insgesamt ging jedoch auch dort die Anzahl der Verkehrsunfälle um 2,4 Prozent zurück.

Zu schnell unterwegs

Einen Zuwachs gab es in Bayern aber bei der Anzahl der Verkehrsunfälle, die durch nicht angepasste oder zu hohe Geschwindigkeit verursacht wurden. Mit über 6.500 Unfällen stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent. In Baden-Württemberg zeigte sich ein ähnliches Bild. „58 Menschen starben in den ersten sechs Monaten, weil jemand zu schnell unterwegs war“, erklärte der Innenminister Baden-Württembergs. Die Hauptursache für Verkehrsunfälle liegt somit in beiden Bundesländern im zu schnellen Fahren.

Hiergegen setzt man in Bayern und Baden-Württemberg auf intensive Geschwindigkeitskontrollen. Zudem kündigte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) Schwerpunktkontrollen zum Schuljahresanfang Mitte September an: „Unsere Polizistinnen und Polizisten werden insbesondere die Einhaltung der Tempolimits sowie der Gurt- und Kindersicherungspflicht kontrollieren.“



Um fünf Prozent sank die Anzahl der tödlichen Fahrradunfälle in Baden-Württemberg und sogar um rund 22 Prozent in Bayern.

Foto: BS/Stephan Wusowski, pixabay.com

WEBINAR

BESCHAFFUNG VON EINSATZFAHRZEUGEN FÜR DIE FEUERWEHR

VERGABEVERFAHREN, LEISTUNGSBESCHREIBUNG,
ANGEBOTSPRÜFUNG UND -WERTUNG, ABNAHME

02.10.2024
16:30 UHR

Anstieg in allen Bereichen

(BS) Alle Kennzahlen in den Bereichen Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz und Rettungsdienst sind im vergangenen Jahr in Niedersachsen gestiegen. Dies geht aus der Jahresbilanz „Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst 2023“, die das niedersächsische Innenministerium vorgestellt hat, hervor.

Der bedeutendste Einsatz für die niedersächsischen Kräfte war wohl das sogenannte „Weihnachtshochwasser 2023“, welches bis in das Jahr 2024 rein reichte. Mehr als 100.000 Helferinnen und Helfer haben in über 20.000 Einsätzen rund zehn Millionen Sandsäcke verbaut und zwölf Kilometer mobile Hochwasserdeiche verlegt. Hubschrauber der Bundeswehr, der Bundespolizei und der Landespolizei waren im Einsatz und in Vorhaltung.

„Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass sich die Menschen in Niedersachsen jederzeit auf einen funktionierenden Katastrophenschutz verlassen können. Als kleines Dankeschön für diesen großartigen Einsatz wird die Niedersächsische Landesregierung die Helferinnen und Helfer noch in diesem Jahr mit einer Ehrennadel für ihren Einsatz auszeichnen und beteiligt sich darüber hi-

naus finanziell an der Durchführung von landesweiten Dankesveranstaltungen in den Kommunen“, kündigte in diesem Zuge Daniela Behrens (SPD), Innenministerin Niedersachsens, an. Die Investitionen von Land und Kommunen für den Hochwasserschutz hätten sich beim Weihnachtshochwasser bewährt und würden konsequent fortgeführt.

Insgesamt mussten die Feuerwehren im vergangenen Jahr zu 125.509 Einsätzen ausrücken. Das ist ein Anstieg von 2.139 Einsätzen im Vergleich zum Jahr 2022. Dabei ist über alle Einsatzarten hinweg ein moderater Anstieg zu beobachten.

Weiterer Anstieg bei den Mitgliedern

Die kontinuierliche positive Entwicklung konnte bei den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren fortgesetzt werden. Mit dem Stichtag 31.12.2023 wurden 131.844 ehrenamtliche Einsatzkräfte gezählt. Dies stellt einen Anstieg um 1.262 Einsatzkräfte dar. Zudem wuchs auch die Zahl der weiblichen Einsatzkräfte weiter an. In den Freiwilligen Feuerwehren Niedersachsens gab es Ende 2023 19.375 Frauen im Einsatz. Ebenso konnte ein Zuwachs bei den Kin-

der- und Jugendfeuerwehren verzeichnet werden. So stieg die Mitgliederzahl in den Kinder- und Jugendfeuerwehren um beeindruckende 4.148 auf 51.547.

Hoffen auf die Digitalisierungsprojekte

Im Zuge der Vorstellung der Jahresbilanz kündigte Behrens an, landesweit eine einheitliche Stabssoftware einzuführen, welche alle Ebenen der Gefahrenabwehr vernetzt und die Arbeitsabläufe bei der Krisenbewältigung zukünftig noch effizienter gestaltet. Dies soll ein ressortübergreifendes Krisenmanagement schaffen und die Resilienz sowie Krisenreaktionsfähigkeit bei multiplen und komplexen Lagen unter Federführung des Innenministeriums stärken. „Durch das ressortübergreifende Krisenmanagement werden zukünftig Ressourcen gebündelt sowie einheitliche Kommunikationswege und schnelle Entscheidungswege geschaffen“, so Behrens. Auch die flächendeckende Einführung von Telenotfallmedizin werde kommen.

Die vollständige Jahresbilanz finden Sie [hier](#).

Das BMI im neuen Entwurf

(BS) Neuer Entwurf, neues Glück – mit dem neuen Etatentwurf der Bundesregierung für das kommende Jahr (20/12400, Einzelplan 06) wird der Haushalt vom Bundesinnenministerium (BMI) 2025 ein Ausgabenvolumen von knapp 13,75 Milliarden Euro aufweisen. Das sind rund 400 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr.

Verlierer sind die „Digital-Behörden“

Mit 4,61 Milliarden Euro fällt erneut ein Großteil der BMI-Ausgaben dem Etatentwurf zufolge im kommenden Jahr bei der Bundespolizei an, wobei sich allein deren Personalausgaben auf 2,68 Milliarden Euro belaufen sollen. Das sind rund 400 Millionen Euro mehr als 2024. Das Bundeskriminalamt (BKA) erhält im kommenden Jahr 989 Millionen Euro. Das stellt eine Steigerung



Wie wird der Haushalt für das Jahr 2025 aussehen, wenn er das Parlament passiert hat? Die Zukunft wird es zeigen.

Foto: BS/klimkin, [pixabay.com](#)

um 115 Millionen Euro dar. Die Gesamtausgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) steigen den Regierungsplänen zufolge im Jahr 2025 im Vergleich zum Soll 2024 um 43 Millionen Euro auf 512 Milli-

onen Euro. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhält 21 Millionen Euro weniger. Das BSI erhält damit laut Entwurf nur 217 Millionen Euro. Ebenso sollen die Gesamtausgaben bei der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (Zitis) um mehr als eine halbe Millionen Euro auf 74,9 Millionen Euro sinken.

Freuen können sich hingegen die für den Zivilschutz zuständigen Stellen beim BMI. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) soll für das kommende Jahr 240 Millionen Euro erhalten. Dies stellt eine Steigerung um 72 Millionen Euro dar. Die Gesamtausgaben des Technischen Hilfswerkes (THW) steigen danach um 15 Millionen Euro auf 417 Millionen Euro in 2025.

WEB-KONFERENZ

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

10.–11. September

Lernen in und aus der Dauerlage

AUS UNSEREM PROGRAMM

10. September, 14:05 Uhr

DEBATTE:

Katastrophendemenz in der deutschen Politik?

u.a. mit:

- » **Albrecht Broemme**, THW-Präsident a. D.
- » **Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich**, Fachgebietsleiter, Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit, Universität Wuppertal
- » **Leon Eckert**, Mitglied des Deutschen Bundestages
- » **Cornelia Weigand**, Landrätin, Kreis Ahrweiler

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerden Spiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.